



Hennef
DER BÜRGERMEISTER

Niederschrift

**über die Sitzung des Haupt-, Finanz- und
Beschwerdeausschusses**

am

Wochentag	Datum
Montag	22.02.2016

Übersicht über die gefassten Beschlüsse		
TOP	Beratungsgegenstand	Beschluss Nr.
	Öffentliche Sitzung	
	Geschäftsordnungsbeschluss	76
1	Beschlussvorlagen	
1.1	Brandschutzbedarfsplan der Stadt Hennef	77
1.2	Einführung einer Kinderfeuerwehr in Hennef; Antrag der SPD-Fraktion vom 25.01.2016	78
1.3	Sonderprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen "Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen" – Umsetzung	79
1.4	Satzungsempfehlung für Transparenz und Informationsfreiheit; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.02.2016	80
1.5	Bürgerantrag "Zufahrt zum Ortsteil Dambroich über die L 143" vom 30.12.2015	81
1.6	Bürgerantrag "Finanzierung der Straßenreinigung bzw. des Winterdienstes über die Grundsteuer ab 2017	82
1.7	Bürgerantrag "Freigabe der Fußgängerzonen für Radfahrer"	83
1.8	Bürgeranträge zum Thema "Hebesatzerhöhung der Grundsteuer B"	84
1.9	Antrag der Republikaner NRW nach § 24 GO NRW zum Verbot von Burka und Nikab	85
1.10	Bürgerantrag "Verkehrsführung und Ampelschaltung an der Kreuzung Wingershof/A560/L333/Europaallee/B8"	86
2	Anfragen	
2.1	Anfrage der Fraktion "Bündnis 90/ Die Grünen" zu Ausgleichszahlungen/Erstattungen des Landes für Flüchtlinge/Asylbewerber	
3	Mitteilungen	
3.1	Auswirkungen der Abschreibungen und Rückstellungen auf den Haushalt	
3.2	Konzept zur Breitbandversorgung im Hennefer Stadtgebiet	
3.3	Jahresbericht der Schiedsfrau, Frau Erika Rollenske	
3.4	Jahresbericht des Schiedsmannes, Herrn Hans-Georg Schoneberg	
3.5	Sachstandsbericht Auftaktveranstaltung Inklusion	
	Nicht öffentliche Sitzung	
4	Beschlussvorlagen	
5	Anfragen	
6	Mitteilungen	

N i e d e r s c h r i f t

Vorbemerkungen

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 17:30 Uhr
Ort: Rathaus, Saal Hennef (T3.01), Frankfurter Straße 97, 53773 Hennef
Einladungsdatum: 10.02.2016
Nachtragsdatum: 17.02.2016
Vorsitzender: Klaus Pipke
Schriftführerin: Monika Frey

Anwesenheitsliste:

Ratsmitglieder

Deisenroth-Specht, Edelgard	SPD	
Ecke, Matthias	Bündnis 90 / Die Grünen	
Gockel, Kay-Henning	GRÜNE	Vertreter für Herrn Fiedrich
Golombek, Björn	SPD	
Große Winkelsett, Christa	CDU	
Herchenbach, Jochen	SPD	
Höhner, Hans Peter	CDU	
Kania, Günter	CDU	
Keuenhof, Elisabeth	CDU	
Marx, Michael	FDP	
Meinerzhagen, Norbert	Die Unabhängigen	
Mikolajczak, Dirk	CDU	Vertreter für Herrn Schenkelberg
Offergeld, Ralf	CDU	
Pasch, Rainer	CDU	
Precker, Axel	SPD	
Rindfleisch, Joachim	Die Unabhängigen	
Roos-Schumacher, Hedwig Dr.	CDU	
Spanier, Norbert	SPD	
Steinmetz, Gerald	SPD	Vertreter für Herrn Dahm
Wallau, Thomas	CDU	
Walterscheid, Theo	CDU	
Weisel, Gerd	Die Linke	

Von der Verwaltung waren anwesend:

Herr Breuer	Ordnungsverwaltung und Bürgerzentrum
Frau Hombücher	Amt für Steuerungsunterstützung
Herr Kremer	Ordnungsverwaltung und Bürgerzentrum
Herr Müller-Grote	Amt für Kultur, Sport und Öffentlichkeitsarbeit
Herr Nentwig	Ordnungsverwaltung und Bürgerzentrum
Herr Rossenbach	Zentrale Steuerung und Service
Herr Stenzel	Stadtbetriebe Hennef – AöR
Frau Trockfeld	Amt für Steuerungsunterstützung
Herr Walter	Zentrale Steuerung und Service
Frau Weber	Kämmerin, Finanzmanagement

Gäste:

Herr Habeth von der Fa. Forplan zu TOP 1.1
Schiedsfrau Erika Rollenske zu TOP 3.3

TOP	Beratungsgegenstand	Beschluss Nr.
	Öffentliche Sitzung	
	Geschäftsordnungsbeschluss	76

Herr Bürgermeister Pipke begrüßte die Mitglieder des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses, stellte die form- und fristgerechte Einladung fest und wies auf die vorliegende Tischvorlage hin:

- TOP 1.3 Sonderprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen „Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen“, Anlage 3

Herr Höhner (CDU-Fraktion) beantragte die Mitteilung unter 3.2 als ordentlichen Tagesordnungspunkt zu behandeln.

Der Bürgermeister ließ über den Antrag zur Tagesordnung abstimmen:

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss beschloss einstimmig die Tagesordnung in der nun vorliegenden Form.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1	Beschlussvorlagen	
---	--------------------------	--

1.1	Brandschutzbedarfsplan der Stadt Hennef	77
-----	--	----

Herr Pipke begrüßte Herrn Habeth von der Firma Forplan und dankte für die Aufstellung des Brandschutzbedarfsplans.

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss empfahl dem Rat der Stadt Hennef einstimmig bei einer Enthaltung aus der FDP - Fraktion, den Brandschutzbedarfsplan in der Form des Entwurfes vom 08.05.2015 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.2	Einführung einer Kinderfeuerwehr in Hennef; Antrag der SPD-Fraktion vom 25.01.2016	78
-----	---	----

Herr Spanier (SPD – Fraktion) sagte, dass die Einrichtung einer Kinderfeuerwehr dabei helfen könnte, den Nachwuchs zu fördern und somit zukünftig weitere Kräfte für dieses wichtige Ehrenamt zu finden.

Die Mitglieder des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses nahmen einstimmig die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.3	Sonderprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen "Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen" - Umsetzung	79
-----	--	----

Herr Ecke (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen) bemängelte, dass eine Beteiligung der politischen Gremien vor der Meldung der Maßnahmen an die Bezirksregierung ausgeblieben sei. Er befürworte jedoch die vorgeschlagenen Maßnahmen.

Herr Weisel (Fraktion Die Linke) fehlte ebenfalls die frühzeitige Beteiligung. Deswegen hat seine Fraktion kurzfristig einen Antrag dazu eingereicht.

Herr Spanier (SPD – Fraktion) fragte nach, wie viele Flüchtlingskinder derzeit nicht beschult werden, weil die Klassen voll sind.
Der Bürgermeister sagte eine Antwort zu.

Antwort der Verwaltung:

Derzeit besteht für vier Kinder keine Beschulungsmöglichkeit in Hennef. Diese vier Kinder wurden dem Kommunalen Integrationszentrum in Siegburg zur Vermittlung an Schulen in anderen Kommunen gemeldet.

Herr Offergeld (CDU – Fraktion) bedankte sich bei der Verwaltung für die fristgerechte Umsetzung und betonte die Schwierigkeit in kurzer Zeit die Maßnahmen unter Beachtung der Fördervoraussetzungen zu erarbeiten.

Frau Trockfeld erläuterte nochmals kurz das Verfahren und wies auf das Fristende zur Einreichung der Projektanträge am 19.02.2016 hin. Somit können die heute eingegangenen Vorschläge der Fraktion Die Linke nicht mehr aufgenommen werden. Sie schlug vor, die beantragten Maßnahmen im Rahmen eines der nächsten Förderprogramme zur Integration von Flüchtlingen zu überprüfen. Eine Berücksichtigung der beantragten Maßnahmen kann gegebenenfalls in einem weitergehenden Förderprogramm erfolgen.

Frau Trockfeld führte aus, dass der erhöhte Fördersatz von 80 %, laut Bezirksregierung Köln, für die Stadt Hennef nicht gewährt werden könne. Die Erhöhung des Regelfördersatzes würde nur in Ausnahmefällen erfolgen, denen die Stadt Hennef aber nicht zuzuordnen ist. Es bleibt daher bei einem Fördersatz von 70 %.

Der Bürgermeister ergänzte, dass unter Berücksichtigung der Fördervoraussetzungen drei Maßnahmen bei der Bezirksregierung angemeldet wurden. Ob eine Förderung erfolge, müsse abgewartet werden.

Herr Weisel (Fraktion Die Linke) bat darum, die Zusage der Verwaltung, dass die Berücksichtigung der beantragten Maßnahmen gegebenenfalls in einem weitergehenden Förderprogramm erfolge, als Beschlusserweiterung aufzunehmen.

Bürgermeister Pipke sagte dies zu und ließ über den erweiterten Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss der Stadt Hennef empfahl einstimmig dem Rat der Stadt Hennef:

Der Rat der Stadt Hennef stimmt einer Beantragung der vorgeschlagenen Maßnahmen für eine Förderung aus dem Sonderprogramm des Landes NRW „Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen“ bei der Bezirksregierung Köln als zuständiger Bewilligungsbehörde zu.

Die Berücksichtigung der vorgeschlagenen Maßnahmen der Fraktion Die Linke, wird bei einem der nächsten Förderprogramme zur Integration von Flüchtlingen geprüft.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.4	Satzungsempfehlung für Transparenz und Informationsfreiheit; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.02.2016	80
-----	--	----

Herr Ecke (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen) schlug vor, in dem Beschlussvorschlag den Hinweis aufzunehmen, dass für die Öffentlichkeit zugänglich aktuelle Informationen und wichtige Gutachten zeitnah bereitgestellt werden sollten.

Der Bürgermeister ließ über den erweiterten Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss beschloss einstimmig:
Der Erlass der Satzungsempfehlung für Transparenz und Informationsfreiheit in den Kommunen in NRW (Transparenzsetzung) erscheint nicht als zielführend und wird daher nicht weiter verfolgt.

Dennoch wird die Verwaltung aufgefordert, für die Öffentlichkeit zugänglich aktuelle Informationen und wichtige Gutachten, zeitnah in den dafür vorgesehenen Informationsportalen zu veröffentlichen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.5	Bürgerantrag "Zufahrt zum Ortsteil Dambroich über die L 143" vom 30.12.2015	81
-----	--	----

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss beschloss einstimmig, dass die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis genommen werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.6	Bürgerantrag "Finanzierung der Straßenreinigung bzw. des Winterdienstes über die Grundsteuer ab 2017	82
-----	---	----

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss beschloss einstimmig:
Die Behandlung des Bürgerantrages zum Thema „Finanzierung der Straßenreinigung bzw. des Winterdienstes über die Grundsteuer 2017“ vom 19.11.2015 wird zuständigkeitshalber in den Bauausschuss verwiesen.

Der Antragsteller ist entsprechend zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.7	Bürgerantrag "Freigabe der Fußgängerzonen für Radfahrer"	83
-----	---	----

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss beschloss einstimmig:
Die Behandlung des Bürgerantrages des ADFC zum Thema „Freigabe der Fußgängerzonen für Radfahrer“ vom 08.01.2016 wird zuständigkeitshalber in den Ausschuss für Stadtgestaltung und Planung verwiesen.

Der Antragsteller ist entsprechend zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.8	Bürgeranträge zum Thema "Hebesatzerhöhung der Grundsteuer B"	84
-----	---	----

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss empfahl dem Rat der Stadt Hennef einstimmig, die Beschwerdeschreiben der Bürger zur Kenntnis zu nehmen. Eine Rücknahme der Hebesatzerhöhung der Grundsteuer B erfolgt nicht.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.9	Antrag der Republikaner NRW nach § 24 GO NRW zum Verbot von Burka und Nikab	85
-----	--	----

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss der Stadt Hennef (Sieg) nimmt einstimmig den Antrag der Republikaner NRW nach § 24 GO NRW zum Verbot von Burka und Nikab in öffentlichen Gebäuden und auf öffentlichen Plätzen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.10	Bürgerantrag "Verkehrsführung und Ampelschaltung an der Kreuzung Wingenshof/A560/L333/Europaallee/B8"	86
------	--	----

Herr Mikolajczak (CDU- Fraktion) erinnerte daran, dass er mit Herrn Auerbach zusammen bereits 2013 einen Antrag auf Verlängerung der Linksabbiegespur gestellt habe und bisher noch nichts passiert sei. Damals wurde seitens der Verwaltung geantwortet, dass diese Überlegungen im Rahmen der Bauleitplanung für das Baugebiet „Kleinfeldchen“ einfließen würden. Herr Mikolajczak wies auf die belastende Verkehrssituation gerade zu den Hauptverkehrszeiten hin.

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss beschloss einstimmig, dass die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis genommen werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2	Anfragen	
---	-----------------	--

2.1	Anfrage der Fraktion "Bündnis 90/ Die Grünen" zu Ausgleichszahlungen/Erstattungen des Landes für Flüchtlinge/Asylbewerber	
-----	--	--

Die Antwort der Verwaltung wurde von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

3	Mitteilungen	
---	---------------------	--

3.1	Auswirkungen der Abschreibungen und Rückstellungen auf den Haushalt	
-----	--	--

Die Antwort der Verwaltung wurde von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

3.2	Konzept zur Breitbandversorgung im Hennefer Stadtgebiet	
-----	--	--

Gemäß Geschäftsordnungsbeschluss wurde diese Mitteilung als ordentlicher Tagesordnungspunkt behandelt.

Herr Höhner (CDU – Fraktion) wies auf die irreführende Pressemitteilung hin, dass 99 % der Hennefer Haushalte mit schnellem Internet versorgt sei. Gerade in den abgelegenen Ortschaften reicht die Versorgung noch nicht aus. Der Ausbau von Verteilerkästen müsse weiter vorangetrieben werden.

Herr Rossenbach erläuterte nochmal den Sachstand sowie die notwendigen Maßnahmen um ein langfristig zukunftsicheres Breitbandnetz im gesamten Stadtgebiet zu schaffen.

Die Mitglieder des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses nahmen das Konzept zum Breitbandausbau im Hennefer Stadtgebiet zur Kenntnis.

3.3	Jahresbericht der Schiedsfrau, Frau Erika Rollenske	
-----	--	--

Herr Pipke bedanke sich bei Frau Rollenske für die erfolgreiche Arbeit als Schiedsfrau.

Die Mitglieder des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses nahmen den Jahresbericht zur Kenntnis.

3.4	Jahresbericht des Schiedsmannes, Herrn Hans-Georg Schoneberg	
-----	---	--

Bürgermeister Pipke dankte Herrn Schoneberg für die erfolgreiche Arbeit als Schiedsmann.

Die Mitglieder des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses nahmen den Jahresbericht zur Kenntnis.

3.5	Sachstandsbericht Auftaktveranstaltung Inklusion	
-----	---	--

Herr Weisel (Fraktion Die Linke) fragte nach, ob zu der Auftaktveranstaltung am 3. März 2016 in der Meys Fabrik behinderte Menschen eingeladen wurden?

Der Bürgermeister antwortete, dass alle Betroffenen und Experten eingeladen wurden.

Die Ausschussmitglieder nahmen die Mitteilung zur Kenntnis.

	Nicht öffentliche Sitzung	
4	Beschlussvorlagen	

Keine.

5	Anfragen	
---	-----------------	--

Keine.

6	Mitteilungen	
---	---------------------	--

Keine.


Klaus Pipke
Vorsitzender


Monika Frey
Schriftführerin

E: 22.02.16

DIE LINKE.
Hennef

DIE FRAKTION.

Hennef, 21.02.2016

An den
Bürgermeister der Stadt Hennef
Herrn Klaus Pipke
Rathaus
53773 Hennef

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

ich bitte Sie, nachfolgenden **ANTRAG auf den Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss am 22.02.2016 zu setzen.**

Fraktions-Antrag: Förderantrag im Rahmen des Sonderprogramms „Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen“

Begründung:

Hennef ist eine junge Stadt und Hennef wächst. In Hennef wohnen und leben **überproportional** viele Kinder und Jugendliche. Geeignete oder ausreichende Aufenthaltsmöglichkeiten für Jugendliche sind nicht vorhanden. Integration kann nur gelingen, wenn junge Flüchtlinge nicht an die Ränder der großen Städte gedrängt werden und vor Ort beraten bzw. begleitet werden können. Die Umsetzung der von uns vorgeschlagenen Maßnahmen kann, sofern die Bezirksregierung eine Förderzusage erteilt, den inklusiven Prozess in Hennef ein großes Stück nach vorne bringen.

Wir bitten die Stadtverwaltung, geeignete Maßnahmen fristgerecht gegenüber der Bezirksregierung zu benennen, damit die Stadt die Chance hat, dieses o.g. Förderprogramm (Förderquote von 70%) zu nutzen.

Unsere Fraktion hat zwei Maßnahmen für junge Flüchtlinge im Quartier ausgemacht:

- **Bauliche Maßnahme (Begegnungsstätte/Stadtteilbüro)**
Bau eines Gebäudes mit der Möglichkeit der Begegnung für junge Menschen, Einbeziehung bzw. Verlagerung der Bibliothek, Musikprobe-Räume, o.Ä.
Als Standort könnte der Parkplatz in der Bahnhofstraße genutzt werden.
- **Personelle Ausstattung / „Quartierlotse“**
Quartierlotsen gestalten das Wohnumfeld familien-, senioren-, behinderten und jugend-, bzw. migrantengerecht. Sie setzen sich zum Beispiel für die Beseitigung von konkreten Teilhabe-Hindernissen ein. Anregungen und Beschwerden geben sie an die zuständigen ehrenamtlichen Stellen oder an die Verwaltung weiter. Sie sind Bindeglied zwischen Verwaltung und Bürgerin/Bürger.


Gerd Weisel
Fraktion DIE LINKE.